

Wirtschaftliche Wochenschau.

Regierung und Kohlenwucher.

Schon seit langer Zeit sind die Beherrscher des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats eifrig bemüht, den Fiskus (d. h. die Verwaltung der preussischen staatlichen Bergwerke) zu bewegen, daß er mit seinen im Dortmunder Revier gelegenen Kohlengruben dem Syndikat beitrete. Den Kohlenwuchern ist in der Tat sehr viel daran gelegen. Nicht weil sie die Konkurrenz des Fiskus zu befürchten hätten, sondern aus „moralischen“ Gründen. Die Produktion der staatlichen Gruben, auf die es hier ankommt, ist nicht gerade bedeutend; sie produzieren noch nicht 5 Prozent der im Syndikatsgebiet in Betracht kommenden Menge. Worauf es aber ankommt, ist: das Kohlenyndikat läuft mit dem Jahre 1915 ab, und es werden bereits jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Vertrag zu erneuern, was sehr erklärlich ist, da die einzelnen Werke natürlich möglichst frühzeitig ihre Dispositionen treffen wollen. Nun gibt es außer den fiskalischen noch einige andere Gruben, die außerhalb des Syndikats stehen, und zwar sind dies „reine“ Gruben, d. h. solche, die nicht mit Hüttenwerken verbunden sind. Auch sie produzieren nicht besonders große Mengen, aber ihre Förderung steigt immerhin ziemlich bedeutend. Diese Entwicklung ist sehr natürlich, da die syndikatsfreien Gruben von jenen Kohlenhändlern bevorzugt werden, die sich noch ihre Unabhängigkeit vom Syndikat gewahrt haben. Während also die dem Syndikat angehörenden „reinen“ Gruben in ihrer Produktion beschränkt waren, in den letzten Jahren zeitweise nur 80 Prozent ihrer Beteiligung abgeben konnten und daher auf die Erweiterung ihres Betriebes verzichten mußten, dehnten die syndikatsfreien Gruben ihre Förderung aus und erzielten dabei die gleichen Preise, die das Syndikat festsetzt. Daher ist es erklärlich, wenn die „reinen“ Gruben nur unter der Bedingung im Syndikat bleiben wollen, wenn auch diese Außenleiter beitreten, also sowohl die fiskalischen als die übrigen syndikatsfreien Gruben.

Es war denn auch ein großes Moment, als vor Jahresfrist Herr v. Rheinbaben, der vom Schnapsbrot abgehaltene preussische Finanzminister und jetzige Regierungspräsident der Rheinprovinz, bei einem Bankett der Vertreter der „schweren Industrie“ erklärte, er würde sein möglichstes tun, um eine Verständigung zwischen Syndikat und Fiskus herbeizuführen. Die gesamte im Dienste der „schweren Industrie“ stehende Presse betrachtete damals diese Äußerung als die beste Gewähr für das Zustandekommen eines neuen Syndikatsvertrags. — Man rechnet eben so: tritt der Fiskus bei, dann bleiben die paar Außenleiter gänzlich isoliert. Ferner würde der Beitritt des Fiskus das „moralische Ansehen“ des Syndikats haben. Dieser moralische Faktor hat nun aber noch eine ganz besondere Nuance. Man vergesse nicht, daß in Preußen-Deutschland die Bureaucratie auch den Kapitalisten, die sich unbeliebt machen, eifrig unbequem werden kann. Ist die Regierung mit dem Syndikat liiert, und es entbrannt schließlich ein Kampf zwischen Syndikat und Außenleitern, dann haben diese auch die Macht der Verwaltung gegen sich.

Die Jahreswende brachte nun in dieser Sache ein artiges Zwischenstück: kurz vor Jahreschluss brachte die als offiziös bekannte Kölnische Zeitung an hervorragender Stelle die Meldung, daß zwischen dem Fiskus und dem Syndikat grundsätzlich eine Verständigung erzielt sei, wonach der Fiskus dem Syndikat den Verkauf der Kohlen aus seinen im Dortmunder Revier gelegenen Gruben überträgt. Gleichzeitig sei eine Verständigung erzielt mit den Gewerkschaften Trier, Hermann und Braßler. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß auch die größte der außenstehenden Zechen, Augusta Viktoria, beitrete, woran allerdings nicht zu

zweifeln sei. — Am 2. Januar aber brachte das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau die Meldung: „Die Mitteilung eines rheinischen Blattes, wonach zwischen dem Bergfiskus und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat wegen des Betriebs der fiskalischen Kohlen eine Verständigung erzielt worden sei, ist verfrüht. Die Verhandlungen dauern noch fort; ob und wann sie zum Abschluss gelangen werden, ist noch ungewiß.“

Nun kann man sich den Kopf zerbrechen: wurde die Meldung in die Kölnische Zeitung lanziert, die Bergwerksverwaltung zu einer Neuerung zu bewegen, oder wurde das halbamtliche Bureau in Bewegung gesetzt, um die Augusta Viktoria zu drängen?

Indessen scheint das ziemlich nebensächlich. Die Hauptsache ist, daß allem Anschein nach der Pakt zwischen dem Syndikat der Kohlenwucherer und der Regierung dem Abschluss nahe ist.

Freilich ist damit noch nicht gesagt, daß nunmehr alle Gefahren für das Syndikat geschwunden sind, daß sein Fortbestehen auch nach Ablauf des jetzigen Vertrags gesichert ist. Die Interessengegenstände unter den „reinen“ Kohlenzechen und den Zechen, die mit Hüttenwerken verbunden sind, bestehen fort, und die Beherrscher der Riesenbetriebe, die Kirdorf, Thyssen, Stinnes stellen so harte Bedingungen, daß immer noch mit der Möglichkeit eines Krachs gerechnet werden muß: es kommt darauf an, ob die kleineren Werke die Klinte ins Korn werfen und die Bedingungen annehmen, die ihnen diese Herrscher diktiert, oder ob sie noch einmal den Kampf riskieren wollen. Aber zweifellos sind die Chancen für die Erneuerung des Syndikatsvertrags durch die Haltung der Regierung sehr stark gebessert.

Es gibt Optimisten, die von dem Beitritt des Fiskus zum Syndikat günstige Resultate für die Verbraucher der Kohle erwarten. Hier wird abermals mit dem „moralischen Faktor“ operiert: die Regierung erhält Sitz und Stimme im Syndikat, folglich wird sie ihren Einfluß zugunsten der Allgemeinheit geltend machen, wird der Bewucherung der Kohlenverbraucher entgegenwirken. Das klingt sehr schön, entspricht nur leider nicht den Tatsachen. Erstens hat man noch nie etwas davon gemerkt, daß der preussische Fiskus als Kohlenproduzent auf eine Preisermäßigung hinwirkte. Im Gegenteil: sowohl in Oberschlesien, wo die fiskalischen Gruben eine entscheidende Rolle in der Produktion spielen, als im Saargebiet, treibt er den Kohlenwucher nicht minder kräftig wie das Syndikat in Rheinland-Westfalen. Zweitens wird der Fiskus gar nicht in die Lage kommen, entscheidenden Einfluß auf die Preispolitik des Syndikats auszuüben. Wie man die Herren von der „schweren Industrie“ kennt, kann man sicher sein, daß sie niemals der Regierung dieses Recht zustehen werden. Nach allem, was bisher verlautet, wird der Fiskus einfach auf Grund des bestehenden Vertrags beitreten, und dieser sieht vor, daß bei der Preisbestimmung die Stimmen „nicht gezählt, sondern gewogen“ werden: der Einfluß wird bemessen nach der Macht, nach der „Beteiligung“ am Syndikat. Die Beteiligung des Fiskus aber ist minimal im Vergleich zu jener der Riesenwerke. So wird der Staat zum Mitschuldigen an den Wucherpraktiken der Kapitalmagnaten, ohne daß er entscheidenden Einfluß üben könnte.

Wie stellen sich nun die bürgerlichen Parteien zu dieser Einpannung des Staates in den Klauen der Syndikatswucherer? Die bürgerliche Presse mit verschwindenden Ausnahmen behandelt die Affäre einzig vom Standpunkte der Aktionäre der Kohlenbergwerke. Die Auflösung des Syndikats würde einen scharfen Kampf auf dem Kohlenmarkt herbeiführen und ein Fallen der Preise würde den Profit,

damit den Kurs der Aktien ungünstig beeinflussen. Davor graut es sowohl dem „soliden“ Aktionär, der sein Kapital in diesen Aktien angelegt hat, als auch dem Börsenspekulanten und dem Bankier. Die Börse jubelt über die verbesserten Aussichten auf die Verlängerung des Syndikats, und damit ist auch die Stellung der Presse entschieden. Es kommt hinzu, daß auch in der Kommission des preussischen Landtags im Herbst des vorigen Jahres über die Stellung der Bergwerksverwaltung zum Syndikat verhandelt wurde, und daß die Kommission einstimmig für den Beitritt des Fiskus war. Einkimmig — denn die sozialdemokratische Fraktion war nicht vertreten. Man dürfte sich darüber wundern. Denn sowohl in der freisinnigen als in der Zentrumspresse begegnet man oft scharfer Kritik der Praktiken des Kohlenyndikats. Indessen das Wundern muß man sich hier abgewöhnen: in der Presse dieser Parteien gibt es noch Sachverständige, die die sozialen und wirtschaftlichen Dinge vom Standpunkt ihres Parteiprogramms behandeln. In den Fraktionen dagegen wird „Realpolitik“ getrieben, und es fällt den Mandatsjägern nicht ein, sich dem Jorn der Herren von der schweren Industrie anzuschließen. — Der Kohlenwucherer schädigt die gesamten Konsumenten durch Verteuerung der zu Heizungszwecken bestimmten Kohle, er schädigt aber auch den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, denn die Kohlenpreise sind ein recht wichtiger Faktor unter den Produktionskosten, und bei weitem nicht immer ist es dem kleinen Produzenten möglich, bei steigendem Kohlenpreise die Mehrausgabe auf den Preis der hergestellten Ware zu schlagen. Deshalb eben macht sich ein bißchen Donner gegen das Syndikat in der Presse ganz nett: es ist dem lieben Parteistimmvieh „aus dem Herzen gesprochen“. Wenn es aber darauf ankommt, praktisch für oder gegen das Wuchersyndikat Stellung zu nehmen, dann entscheidet, wie gesagt, das Interesse der Kapitalmagnaten, der Aktionäre, der Hochfinanz, der Börsenspekulanten.

Es salivieren sich indessen die bürgerlichen Politiker mit dem Hinweis darauf, welche Katastrophe der Zusammenbruch des Syndikats heraufbeschwören würde. Fürchtbare Schreckbilder werden da an die Wand gemalt. In Wirklichkeit würde indessen dieser Zusammenbruch nur bedeuten, daß die hochgeschraubten Profite einer Anzahl von Kohlenzechen vermindert würden, daß einige wenige nicht mehr leistungsfähige Werke, die heute nur dank den künstlich hochgehaltenen Preisen bestehen, zusammenbrechen würde. Es sind nur wenige, weil zum größten Teil diese Werke schon ausgemerzt sind. Hat doch das Zusammenlegen der Zechen dahin geführt, daß selbst solche Gruben, die sehr wohl produktionsfähig waren, stillgelegt wurden, einzig aus dem Grunde, weil sie von Besthern noch besserer Gruben aufgekauft wurden, um die „Beteiligung“ auszunutzen, um die Kohlen dort zu fördern und an das Syndikat zu liefern, wo die Produktionskosten geringer waren. Mit einem Worte: die Auflösung des Syndikats würde bewirken, daß die Bergwerksrente, die dank dem privaten Monopol gewaltig in die Höhe geschraubt worden ist, vermindert würde. Das aber wäre volkswirtschaftlich ein Gewinn, nicht ein Verlust.

Vom Standpunkte des Proletariats gibt es jedenfalls eine einfache Lösung: die Bergwerke sind längst reif für die Verstaatlichung. Eine rationell durchgeführte Verstaatlichung allein kann, wie die Dinge heute liegen, sowohl die Bergarbeiter wie die Verbraucher aus den Klauen der Syndikatswucherer retten. Dagegen ist es ein volkswirtschaftliches Verbrechen, den Staat den Zwecken der privaten Monopolisten und Kohlenwucherer dienstbar zu machen.

J. Karstl.

Wahldemonstration.

Überall, auch im Auslande, blickt man mit größtem Interesse auf den Ausgang der deutschen Wahlen. Jedermann ist sich darüber klar, daß sie ein politisches Ereignis von größter Wichtigkeit bilden. Liberale Autoren erwarten von ihnen eine Wendung in der deutschen Politik, wenn sie nicht sogar noch erhabener von einer Weltwende reden. Sie meinen damit die voraussetzliche, für das politische Leben recht bedeutungslose Wendung, daß der Bloch von Zentrum und Konservativen die Majorität verlieren werde und sich die Nationalliberalen würde angliedern müssen. Allerdings, wenn man bedenkt, daß für einen bürgerlichen Politiker die wichtigsten Fragen der Politik darin bestehen, ob er und seine Partei mit an dem Tisch des Reichskanzlers sitzen dürfen, dann kann man verstehen, daß ihm die Hoffnung, aus der leidigen Opposition herauszukommen, wie eine Weltwende erscheint. Er braucht diese Darstellung auch als Wahlplage, um dem Volke gegenüber den Schein eines wichtigen Kampfes zu wachen und zu verbergen, daß man nachher in schönster Eintracht zusammen reaktionäre Politik gegen das Volk treiben wird.

Die Arbeiterklasse erwartet von der Wahl keine Weltwende und nicht einmal eine Wendung der deutschen Politik. Trotzdem, oder richtiger noch: gerade deshalb führt sie den Kampf mit einer Kraft, einer Energie, einer Freude, wie keine andre Partei. Denn für sie liegt die Bedeutung der Reichstagswahlen auf einem ganz andern Gebiet, als auf dem der parlamentarischen Erfolge. Für sie sind die Wahlen in erster Linie eine Demonstration.

Diese Auffassung bestimmt Charakter und Wesen des Wahlkampfes so gut wie die Taktik. Wie oft ist uns nicht von weisen Politikern vorgehalten worden, daß es dumm und zwecklos sei, sich in völlig hoffnungslosen Wahlkreisen auf einen eigenen Kandidaten zu verstellen, anstatt sofort einen fortschrittlichen bürgerlichen Kandidaten zu wählen. Wie dumm auch, nicht ein Wahlabkommen mit der bürgerlichen Linken zu treffen, wodurch der größte Gewinn an Mandaten aus unsern Stimmen gezogen würde und diese Stimmen nicht nutzlos verloren gingen. Von dem Standpunkt der reinen Mandatspolitik klingt das sehr vernünftig. Aber die Massen wollen nichts davon wissen; sie wollen eine sozialdemokratische Stimme abgeben. Und sie haben recht; instinktiv treffen sie dabei das Richtige; sie fühlen ganz gut heraus, daß in den Stimmen der Wert der Wahl liegt,

Bon alters her hat die Partei auf die Stimmenzahl bei den Wahlen das größte Gewicht gelegt. So wertvoll jedes gewonnene Mandat ihr als neue Machtposition, als neue Waffe im Kampfe war, so war doch für sie die ständige Zunahme der Zahl ihrer Anhänger das Wesentliche. Das soll nicht besagen, daß die Wahlen eine bloße Musterung ihrer Zahlen, eine Heerschau ihrer Bataillone bildeten; als Fählung der sozialdemokratischen Stimmen hatten sie daneben auch noch eine direkte politische Wirkung, die Wirkung einer Massendemonstration.

Bisweilen hört man von „leeren“ Demonstrationen im Gegensatz von positiv schaffender Arbeit reden. Dabei wird übersehen, daß für das Proletariat, so sehr es sich mit positiv schaffender Arbeit, auch im Parlament, aus eifrigste beschäftigt, zugleich die Demonstrationen zu den wichtigsten Waffen gehören. Das liegt in seiner Stellung als unterdrückte Klasse der Gesellschaft. Es übt nicht durch irgendeine Vertretung eine Herrschaft aus, sondern es wird beherrscht. Nicht in der Wille, sondern der Wille der herrschenden Klasse gebietet über die Gesehe. Bürgerliche Gruppen, die eine Widerheit bilden, können durch Teilnahme an der Regierung ihre Wünsche teilweise durchsetzen; Kompromisse sind hier möglich, weil der Kampf sich um ein Mehr oder Minder, im Grunde um die Verteilung des Mehrwerts dreht. Zwischen dem Interesse des Proletariats und dem der Bourgeoisie ist kein Kompromiß möglich, sie stehen im schärfsten Gegensatz: Ausbeutung oder nicht, darum handelt es sich. Daher kann das Proletariat nicht durch eine Verständigung mit den andern Parteien seinen Willen teilweise durchsetzen. So steht es auch im Parlament. Nicht was wir wollen, sondern was die andern wollen, geschieht. Die bürgerlichen Parteien haben die volle Macht, ganz nach ihren Interessen zu handeln. Nur soweit ihnen ihr Interesse gebietet, Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen, berücksichtigen sie deren Wünsche. Nur das geschieht, was sie wollen, aber was sie wollen, wird durch die Furcht vor dem Proletariat und dem Sozialismus in hohem Maße beeinflusst und bestimmt. Die Einwirkung der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung findet nicht durch die Abstimmung ihrer Vertreter im Parlament statt, sondern durch die Massen, in deren Namen sie reden.

Die wichtigste Kraft in der Politik ist daher die Beeinflussung der regierenden Klassen durch die ausgebeutete, unterdrückte Volksmasse. Darin liegt die große Bedeutung aller Demonstrationen als Kundgebung des Volkswillens. In ihnen kommen die Leiden und Leidenschaften der Massen und ihr tiefstes politisches Empfinden zum Ausdruck,

Die moderne Entwicklung des Kapitalismus hat das Kampfmittel der Demonstration immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Der Imperialismus hat den Gegensatz der Klassen aufs äußerste verschärft, und alle bürgerlichen Gruppen stets mehr und mehr zusammengebracht, so daß sie in den wesentlichsten Kapitalinteressen, den sogenannten nationalen Fragen, einen festen Bloch bilden. Das ungleiche Wahlrecht macht die Vertretung der proletarischen Massen in den Parlamenten zu einer machtlosen Minderheit. Die bürgerlichen Parteien haben die Macht, mehr Rüstungen, mehr Steuern, eine schärfere Anbelung der Gewerkschaften zu beschließen. Ihre Politik treibt zum Kriege. Wer wird sie daran hindern? Nicht die parlamentarische Opposition der Sozialdemokratie, auch wenn sie über hundert Mann beträgt, sondern nur die Rücksicht auf die Massen, die in politischen Demonstrationen selbst in der Politik mitreden. Je gewaltiger die Demonstrationen der Mißstimmung des Volkes sind, desto mehr werden sie Maß halten in den Rüstungen, desto eher werden sie z. B. die Notwendigkeit von Beihilfen empfinden, desto vorsichtiger werden sie mit dem Kriegsfeuer umgehen.

Die letzten Jahre standen schon im Zeichen der Massendemonstrationen. Aber jene Straßendemonstrationen trugen einen ganz andern Charakter als die bevorstehende Wahldemonstration. Jene hatten, obgleich sie nur relativ kleine Massen, ein paar Hunderttausend der Großstädte, umfaßten, eine gewaltige Wirkung, weil sie den Willen der Massen gegen den Willen der herrschenden Macht zum Ausdruck brachten. Die Tatsache, daß sie durchgeführt wurden, bedeutete schon alles, bedeutete die innere Schwäche der gewaltigen materiellen Machtmittel des Staates, der sie nicht verhindern konnte. Daher erforderten sie von den Massen die höchsten moralischen Qualitäten, Mut, Entschlossenheit, Opfer Sinn, Hingabe an ihre großen Ziele; sie demonstrieren die innere Macht der fortgeschrittensten Kerntruppen der proletarischen Armee.

Der Wahldemonstration fehlt von vornherein dieses Element der rebellischen Kraft. Sie ist eine von der Verfassung vorgeschriebene, von der Obrigkeit angeordnete Demonstration, gefahrlos — außer dort, wo, wie in Ostpreußen, das Wahlgeheimnis zur Farce gemacht wird. Hier demonstrieren nicht die festesten großstädtischen Kerntruppen des Klassenkampfes, hier demonstrieren bis in die entlegensten Dörfer alles, was ausgebeutet wird und leidet, hier demonstriert das Proletariat in seinem ganzen Umfange, was an Tiefe der proletarischen Kraft fehlt, wird an Breite der proletarischen Massen gewonnen. Sie demonstrieren ihre Befreiung